

11. Okt. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. VII / 207

Bonn, den 11. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2a Die grosse Debatte 123

Die Regierungserklärung im Kreuzfeuer der Opposition

3-4 70 Jahre Sozialistische Partei Italiens 90

Nenni im Mittelpunkt der Hoffnungen und Kritik
Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

5-6 Das Leben jenseits des Polarkreises 60

Technik erobert das Polareis
Von Bruno Kuster, Genf

***** ZUR BEACHTUNG *****
Wir veröffentlichen in unserer Freitag-Ausgabe
12. Oktober 1962 einen grundsätzlichen Ar-
tikel des norwegischen Aussenministers Halvard
L a r s e
NORWEGEN UND DER GEMEINSAME MARKT

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die große Debatte

Regierungserklärung im Kreuzfeuer der Opposition.

sp - Es blieb Bundeskanzler Dr. Adenauer vorbehalten, in die Debatte über seine Regierungserklärung vom 9. Oktober 1962 einen störenden Mißklang hineinzutragen. Die große Rede des Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratie, Erich Ollenhauer, hatte es ihm, soweit sie sich auf die Außenpolitik bezog, angetan. Der Bundeskanzler zeigte sich in der Vergangenheit oft hart im Nehmen; diesmal reagierte er mit äußerster Empfindlichkeit auf Feststellungen, deren Wahrheitsgehalt offen zutage liegt.

Adenauer hat es nicht gern, wenn man ihn präzise auf seine Politik im Verhältnis zu Großbritannien festlegen will, wie es Ollenhauer tun mußte, um Klarheit auf einem Gebiet zu verlangen, das für uns sowie für Europa und die ganze Welt von lebenswichtiger Bedeutung ist. Vom Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hängt ein großer Teil unserer gemeinsamen Zukunft ab; das ist eine Binsenwahrheit, doch nicht allen scheint sie in ihrer Einfachheit zugänglich zu sein.

Die Bonner Europa-Politik läßt verschiedene Interpretationen zu. Minister der Bundesregierung bekennen sich vorbehaltlos zum Beitritt Großbritanniens zur EWG, der Bundeskanzler jedoch, als der Mann, der die Richtlinien deutscher Politik kraft Grundgesetz zu bestimmen hat, äußerte wiederholt nicht stichhaltige Bedenken, und auch in seiner Auseinandersetzung mit Ollenhauer stellte er die Frage so dar, als ob es sich nur um ein "Feilschen" zwischen Deutschen und Briten handeln würde, bei dem wir lediglich darauf zu achten hätten, daß deutsche Interessen nicht zugunsten britischer Interessen zu kurz kämen. **N a t ü r l i c h** geht es um die Interessen beider Länder, aber es geht doch eben so um den Aufbau eines über die Sechsergemeinschaft hinausgreifendes Europa, das in enger Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten erst in der Lage sein wird, der kommunistischen Welt wirksam zu widerstehen.

+ + +

Ollenhauers Ausführungen über Berlin waren getragen von dem Ernst und der Zurückhaltung, den die Lage gebietet. Was verlangte der Oppositionsführer vom Bundeskanzler? Er verlangte nach der Hervorhebung des Dankes, den wir alle den Vereinigten Staaten für ihre Bereitschaft schulden, auf jedes Risiko hin die Freiheit und Lebensfähigkeit Berlins zu verteidigen, daß auch **w i r**, das heißt die Bundesrepublik, bereit sein müssen, dieses Risiko mit allen Konsequenzen zu tragen. Ist dies nicht eine Selbstverständlichkeit oder sollte sie es nicht sein? Der Bundeskanzler glaubte, den Oppositionsführer in einer Art abfertigen zu müssen, die ihn nicht gerade auf der Höhe der Situation eines verantwortlichen Staatsmannes zeigte...

Das Notwendige dazu dürfte wohl in der morgigen Debatte, die ausschließlich der Erörterung der Außenpolitik gelten soll, von Herbert Wehner gesagt werden.

+ + +

In den Reden der Hauptsprecher der ersten Runde, von Brentano, Ollenhauer und Mende beanspruchte die Innenpolitik - und dies im weitesten Sinne - den grösseren Raum vor der Aussenpolitik. Wo es irgendwie anging, sparte der Oppositionsführer nicht mit Lob und Anerkennung für das, was sich die Bundesregierung an guten Vorsätzen und als Richtschnur ihrer Innenpolitik für die noch verbleibenden drei Jahre des vierten Kabinetts Adenauer vorgenommen hat. Das betraf sowohl die vorgesehene Novellierung des Kartellgesetzes mit der geplanten Aufhebung der Preisbindung der Zweiten Hand - wo sie angebracht erscheint - das betraf auch seine Zustimmung zu dem lobenswerten Vorsatz der Bundesregierung, dem Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit bis zum 3. Januar nächsten Jahres einen Bericht über die Wirtschaftslage der Bundesrepublik und ihre Entwicklungsmöglichkeiten vorzulegen. Und sein JA fand auch die Absicht der Bundesregierung, eine Art Freirat zu bilden, der neutrale Wertests vornehmen soll. All dies ist solides sozialdemokratisches Gedankengut, und die Opposition ist bestimmt nicht böse darüber, wenn es sich nun die Koalition aneignet.

Freilich befand sich Erich Ollenhauer in arger Verlegenheit, noch mehr Lobenswertes in der Regierungserklärung zu entdecken. Er stieß bei seiner Suche auf die groben Unterlassungen und sträflichen Fehlleistungen. Kein Wort sagt die Regierungserklärung über die ungeheure, das freizeitheliche Gefüge unserer Gesellschaft bedrohende Vermögenskonzentration. Kein Wort enthält die Erklärung über die Lösung der sich immer mehr in den Vordergrund stellenden Gemeinschaftsaufgaben. Fachleute aus Deutschland und anderen europäischen Ländern haben im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation Untersuchungen über die Luftverunreinigung unternommen und haben dabei festgestellt, daß "die in Westeuropa eingeatmete Luft einen Grad der Verschmutzung erreicht hat, der sie zur größten aller Umweltgefahren macht". Weder Adenauer, noch sein Fraktionsführer von Brentano gebrauchten auch nur ein einziges Mal die Vokabel vom Schutz der Volksgesundheit!

Es kennzeichnet den Geist dieser Regierungserklärung, daß sie nichts aussagte über die notwendige Verbesserung der Kriegsofopferfürsorge und keine Vorstellungen entwickelte, wie sich die Regierung die Erfüllung des Auftrages des Grundgesetzes vorstellt, die Bundesregierung habe ein sozialer Rechtsstaat zu sein. Hier tappt der Bundesbürger im Dunkeln.

Ollenhauers Hauptstoss richtete sich gegen das Unvermögen der Regierung, einmal als richtig Erkanntes in die Wirklichkeit umzusetzen. Es hat im vergangenen Jahr Ströme von Worten gegeben, aber es läßt sich auch beim besten Willen nicht das Rinnsal entdecken, durch das Dammungen geflossen wären. Die deutsche Politik leidet an der Schwäche dieser Regierung, an ihrer Einfallslosigkeit und an ihrem Mangel an Mut, die großen nationalpolitischen Aufgaben so anzupacken, wie es der Blick auf das übergeordnete Ganze gebietet.

* * *

Der frühere Außenminister und jetzige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. Heinrich von Brentano, hat seine Parteifreunde in der Debatte über die Regierungserklärung ebenso enttäuscht, wie der Bundeskanzler selbst. Entsprechend seinem früheren Ressort konzentrierte sich Herr von Brentano hauptsächlich auf die Frage der Deutschland- und Berlinpolitik, wobei er jenen Punkt der Kanzlerrede hervorheben mußte, der in den Reihen der CDU/CSU und FDP, aber auch bei einem großen Teil der Presse des uns befreundeten Auslandes Kritik hervorgerufen hat. Von Brentano glaubte, seinen Parteichef wegen dessen deplacierter Bemerkung über die "geschäftigen" Initiativen in der Deutschlandpolitik interpretieren zu müssen. Das ging daneben, denn natürlich weiß jeder Abgeordnete, daß der Bundeskanzler in den letzten Wochen und Monaten nicht nur die von ihm gemeinsamen angeleglichen geschäftigen Initiativen, sondern auch jene gemeint hat, die aus der tiefen Sorge um das Schicksal Berlins und die Wiedervereinigung Deutschlands entstanden sind. Die Dürftigkeit der Kanzlererklärungen zu diesem Punkt wurde durch Dr. von Brentano noch unterstrichen.

Auch bei Herrn von Brentano gerät der Chronist des Tagesgeschehens also in Verlegenheit, wenn er dessen Bundestagsrede analysieren soll. Da gibt es weder Ansätze zu Überlegungen, noch Erläuterungen des bisherigen Geschehens. Herr von Brentano könnte sich mit der Bemerkung entschuldigen, es sei eben nichts geschehen und deswegen ließe sich schwer etwas sagen. Das tat er jedoch nicht, und daher bleibt auch nach seiner Rede im Bundestag das Gefühl einer schrecklichen Leere, die dem politischen Leben in der Bundesrepublik genau so schlecht ansetzt, wie die parteiinternen Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition.

* * *

Auch der Vorsitzende der FDP, Dr. Erich Mende, hatte es schwer. Er mußte einerseits seinen Bemühen Rechnung tragen, nicht die Zuchtführung mit dem großen Koalitionspartner zu verlieren und so tun, als sei er sowohl mit dem Bundeskanzler wie mit Herrn von Brentano einverstanden. Andererseits mußte Herr Mende jedoch jene Gruppen seiner Partei befriedigen, die - wie allgemein bekannt - die inhaltslose Regierungserklärung des Bundeskanzlers offen kritisiert hatten. Ein solcher Balanceakt ist nicht einfach. Herr Mende versuchte sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß er an frühere einstimmig gefaßte Beschlüsse des Bundestages, besonders zur Deutschlandpolitik, erinnerte. - Sein Versuch, die wirtschafts- und währungspolitischen Probleme in Sinne der FDP zur Debatte zu stellen, blieb im Ansatz stecken. Ebenso wie Dr. Adenauer verriet es Herr Mende tunlichst, auch nur andeutungsweise darzustellen, wie nun eigentlich die von FDP-Rednern in öffentlichen Versammlungen sonst immer eifrig vorgetragenen konkreten Vorschläge zur Stabilisierung der Wirtschaft aussehen. Nun, was nicht ist, kann ja noch werden. Der weitere Verlauf der Bundestagsdebatte wird zeigen, ob innen- und außenpolitisch so etwas wie eine eigene Substanz bei der FDP zu finden ist.

* * *

70 Jahre Sozialistische Partei Italiens

Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

Die italienische Sozialistische Partei (PSI) feiert den 70. Jahrestag ihres Bestehens in einer für sie vielversprechenden politischen Atmosphäre. Die Bildung einer Regierung des linken Zentrums gilt als Beweis dafür, dass es der PSI gelungen ist, nach 70 Jahren ein entscheidender Faktor im Aufbau der italienischen Demokratie zu werden.

In den vergangenen 70 Jahren hat sich nicht nur die sozialistische Bewegung sondern auch der italienische Staat gewaltig verändert. Als die PSI 1892 in Genua gegründet wurde, war Italien als Einheitsstaat knapp 30 Jahre alt. Der entscheidende Kampf des letzten Jahrhunderts hiess für Italien: die Einigung. Garibaldi, Mazzini und Cavour hatten im "Risorgimento" diese Frage gelöst; aber das Elend, die Rückständigkeit, die weitverbreitete Unwissenheit waren noch Ende des letzten Jahrhunderts gewaltige ungelöste Probleme. In dieser politischen und sozialen Atmosphäre wurde die Sozialistische Partei, die sich auf einen auf freie Art ausgelegten Marxismus stützt, gegründet.

Der politische Kampf der Sozialisten bestand in den Jahren 1895-1914 darin, die Prinzipien der Demokratie zu verbreiten und sie gegen die durch den damaligen Ministerpräsident Crispi vertretene reaktionäre Richtung zu verteidigen. Als in jenen Jahren das sozialistische Parteiverbot erfolgte, fanden im ganzen Land Volkserhebungen und Protestkundgebungen statt. Erst der auf Crispi folgende liberale Giolitti führte mit seiner neuen Politik die Anerkennung des konstitutionellen Rechts der sozialistischen Partei und der Gewerkschafts-Organisationen ein, ihre Aktivität frei entfalten zu können.

Als 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, nahmen die italienischen Sozialisten eine neutrale Stellung ein. Sie konnten den Krieg nicht sabotieren, weigerten sich aber, eine Erklärung zugunsten des Kriegseintritts Italiens abzugeben. Mussolini - damals Chefredakteur des 1896 gegründeten Parteiblattes "Avanti", wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er öffentlich für den Kriegseintritt des Landes plädierte.

Spaltung mit tragischen Folgen

Ende des ersten Weltkrieges nahm die Sozialistische Bewegung in Italien einen grossen Aufschwung. Die gewerkschaftlichen Organisationen vermehrten sich und wuchsen zu einer Macht heran. Im Jahre 1919 vertraten bereits 156 sozialistische Abgeordnete (im ganzen waren es 508) die Arbeiterschaft des Landes im Parlament.

Aber in ihrem Inneren war die Partei alles andere als geeint; 1921 trat der linke Flügel - mit Gramsci, Bordiga und Togliatti an der Spitze - aus der Partei und gründete die Kommunistische Partei Italiens. Die Frage, ob diese Spaltung nicht einer der Gründe für die Niederlage der Arbeiter-

schaft und für den Sieg des Faschismus war, bleibt offen, doch es besteht keine Zweifel darüber, daß sie die Einheit der Arbeiterbewegung gesprengt hat und dieser Tatbestand den Faschisten nur willkommen sein konnte.

Noch ein Jahr nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti führten die Sozialisten zusammen mit den anderen antifaschistischen Parteien den Kampf gegen die faschistische Diktatur, als aber 1926 die Verfassungs-Freiheiten (Presse, Parteien, Versammlungen, Organisationen usw.) gänzlich abgeschafft wurden, da setzten viele Sozialisten - darunter Nenni und Saragat - zusammen mit anderen prominenten Antifaschisten ihren Kampf für die Freiheit ihres Landes vom Exil aus fort.

Nenni, die Kommunisten und der Widerstand

Aber die Einheit aller ins Ausland geflüchteten antifaschistischen Kräfte war schwer zu finden. Die Kommunisten führten Anfang der Dreißiger Jahre einen erbitterten Kampf gegen Nenni, bis dann 1932 eine gemeinsame Front zur Bekämpfung des Faschismus gebildet wurde. 1934 kam es zum ersten Aktions- und Einheitspakt der kommunistischen und sozialistischen Partei. Eine Krise in den Beziehungen dieser beiden Parteien trat dann erst anlässlich des Hitler-Stalin-Paktes auf, wurde aber nach dem deutschen Angriff auf Russland wieder überwunden.

Die Sozialisten leisteten einen wesentlichen Beitrag im italienischen Widerstand. Zur Wiederorganisation einer grossen sozialistischen Partei (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria, PSIUP) kam es aber erst nach der Befreiung des Landes, als sich der alte Stamm mit jungen Kräften vereinte. Es waren darin aber unterschiedliche Meinungen vertreten. 1947 fand die berühmte Spaltung statt. Der rechte Flügel unter der Führung Saragats verliess die Partei und bekannte sich von Anfang an deutlich zum Westen, während die von Nenni geführten Linksozialisten noch Jahre lang am Bündnis mit den Kommunisten festhielten.

Genau wie '92' die Uneinigkeit der Sozialisten den Faschisten den Weg gebahnt hatte, so trug die Spaltung von 1947 zu einer kapitalistischen Restauration des Landes bei.

Bereits auf dem Parteitag von Turin - 1955 - erkannten auch die Linksozialisten die Notwendigkeit eines "Gesprächs mit den Katholiken", um der italienischen Politik eine moderne und sozial aufgeschlossene Prägung zu geben. Es vergingen allerdings sieben Jahre, bis die Mehrheit der Linksozialisten sich zur indirekten Mitarbeit mit den Christdemokraten, den Sozialdemokraten und den Republikanern entschliessen konnte.

Gerade heute, im Jahr ihres 70. Jubiläums, steht die PSI vor einer geschichtlichen Wende, sei es in Bezug auf ihre traditionelle maximalistische Stellung, sei es in Bezug auf die Bildung der politischen Führungsgeschicht des Landes. Im Innern der Partei stösst die Annäherung an die volle Regierungsbeteiligung noch auf die Opposition der traditionellen maximalistischen Linken Strömungen. Diese haben jedoch in letzter Zeit immer mehr an Kraft eingebüsst. Ausserhalb der Partei verfolgen alle Hauptpersonen der italienischen Politik - Fanfani, Saragat, Moro, Coglietti, ja selbst der Vatikan - die sozialistische Wende mit grösstem Interesse und auch mit Besorgnis; aber jeder versucht, den Kurs der neuen sozialistischen Politik für sich zu beeinflussen. Nenni steht nochmals - wie so oft in seinem Leben - im Mittelpunkt der Hoffnungen und Kritik.

Das Leben jenseits des Polarkreises

Von Bruno Kastler, Genf

Der menschliche Organismus passt sich leichter den Bedingungen der Arktis oder Antarktis an als den Tropen, wo die Hitze die körperliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt. Zu dieser Schlussfolgerung gelangten 32 Ärzte, Anthropologen, Hydrologen, Psychiater usw. aus elf Ländern, die an der ersten von der Weltgesundheitsorganisation veranstalteten internationalen Konferenz in Genf über die Gesundheitsprobleme in den Polargegenden teilnahmen.

Das Interesse an den Lebensbedingungen im Herrschaftsbereich des ewigen Eises, der ein Viertel der Erdoberfläche umfaßt, hat natürlich nicht nur aus Liebe zu den Eskimos sprunghaft zugenommen. Ingenieure, Techniker und Arbeiter stossen in diese unwirtlichen Gegenden vor, um deren natürliche Reichtümer - Kohle, Mineralien, Edelsteine, Erdöl, Holz und Fisch - auszubeuten. Hinzu kommt das Personal zahlreicher meteorologischer und militärischer Stationen.

Zerstörte Lebensgewohnheiten

Unter dem Einfluss dieser modernen "Kolonisation" werden die Lebensgewohnheiten der einheimischen Bevölkerung - der Eskimos, Lappen, Indianer und Aleuten - zerstört. Flugzeuge, Bulldozer und Pressluftkammerbrechen ungestraft in diese Reservate des Steinzeitalters ein. Die alten Sitten und Gewohnheiten der Einheimischen zerfallen zusehens, ohne daß aber eine wirkliche Anpassung an die neuen Bedingungen stattgefunden hätte: die sesshaft gewordenen Eskimos lassen die menschlichen und tierischen Abfälle neben ihren Behausungen liegen wie einst neben den Igloo oder Nomadenzelten, so daß gefährliche Infektionsherde entstehen. Die Leute wohnen jetzt grossenteils in Häusern westlicher Bauart, aber ohne jede sanitäre Einrichtung. Eine Erhebung in einem Distrikt Alaskas ergab, daß 76 vom Hundert der Eskimos ein Radio besitzen, 6,4 v H. einen Kühlschrank (!), aber nur vier vom Hundert fliessendes Wasser. Eine Familie hatte auf ihren Empfänger gar einen Fernsehschirm. Mit ihren Hundeschlitten unternehmen sie weite Reisen, um Sodawasser und Eiscreme zu kaufen...

Legenden erhielten Todesstoss

Die Neuankömmlinge aus den gemässigten Zonen wünschen alle Annehmlichkeiten, an die sie gewöhnt sind: behagliche Heime, ärztliche und zahnärztliche Pflege, Zerstreuung und Vergütungen, wo es nur Fels und Eis gibt.

Im Verlaufe der Konferenz wurden verschiedene Legenden über das Leben im hohen Norden der Todesstoss versetzt. Die beissende Kälte tötet die Mikroben nicht, sondern konserviert sie. Man fand in den gefrorenen Leichen von Menschen, die vor Jahrhunderten gestorben sind, lebendige Viren. Tuberkulose und Infektionen der Atemorgane sind weit verbreitet, wie auch andere ansteckende Krankheiten. Vor nicht allzu langer Zeit erstreckte sich sogar die Malaria bis nach Archangelsk!

Auch darf die Kälte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß offenbar häufig Zahnkollagen herausgebrochen werden. Diese Erscheinung, die sehr peinlich sein kann, wenn der nächste Zahnarzt tausend Kilometer weit entfernt ist, scheint im allgemeinen einfach darauf zurückzuführen zu sein, daß man in der nördlichen Einsamkeit übermässig viele Bonbons lutscht!

Unfälle - gefährlichster Feind der Menschen

An die Ernährungsweise stellte die Kälte keinerlei besondere Anforderungen. Der Mensch benötigt keine zusätzlichen Fettstoffe, Proteine oder Kohlehydrate, dagegen eine der Temperatur angepasste Kleidung: dicke Pelze gestatten es ihm, das ihm gemässe Klima mit sich herumzutragen. Natürlich stösst die Beschaffung der benötigten Nahrungsmittel unter Umständen auf grosse Schwierigkeiten und verursacht insbesondere sehr hohe Kosten.

Nicht der Hunger, sondern die Unfälle sind der gefährlichste Feind des Menschen. In Alaska bilden Unfälle, Alkoholismus, Selbstmord und Mord die wichtigste Todesursache, die verhältnismässig mehr als doppelt so viele Opfer fordern als in den Vereinigten Staaten.

Ob es eine eigentliche "Arktipsychose" gibt, ist nicht erwiesen. Dagegen steht fest, daß die rasche Umstellung auf die plötzlich veränderten Lebensbedingungen bei den Neuankömmlingen zu schwerwiegenden seelischen Störungen führen kann. Die Forschungen über die Gesundheitsverhältnisse im Reiche der Winternachtssonne werden verstärkt fortgesetzt werden.